

SACHSEN-
ANHALT

SPD

BESCHLUSSBUCH ZUM
ORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAG
IN QUEDLINBURG

22./23. NOVEMBER 2013, PALAIS SALFELDT

www.spd-sachsen-anhalt.de

Inhaltsverzeichnis

Praktika als Lernverhältnisse statt als Ausbeutung.....	4
Keine Einstiegspraktika als Bedingung bei Stellenausschreibungen	4
Chancengleichheit in schriftlichen Bewerbungsverfahren.....	4
Wiederaufstockung des Gründerzuschusses.....	4
Krankheitsbedingtem Ausfall von Lehrerinnen und Lehrern nachhaltig begegnen	5
Portfolio und/oder Worturteile in den Fächern Kunst, Musik und Sport	5
Sitzenbleiben als Intervention gegen Schulversagen ersetzen.....	5
Stärkung der KSSA im Hochschulgesetz LSA.....	6
Mehr Demokratie an Hochschulen	6
Studentenwerke in Halle und Magdeburg langfristig finanzieren	6
Sicherung der Schulsozialarbeit an Schulen	6
Anpassung der Planungshinweise zur Ausgestaltung von Schulanlagen im Hinblick auf Aspekte der Inklusion.....	7
Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftssystems in Sachsen-Anhalt sichern	7
Einheitliches Pfand von 25 Cent pro Flasche.....	7
Erhebung einer Steuer auf Plastiktragetüten zur Reduzierung des Plastikmülls.....	8
Schutz der Schweinswalpopulationen	8
Förderung umweltorientierter Auftragsvergabe bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen.....	8
Verbot von Pelztierfarmen	9
Wildtierverbot im Zirkus.....	9
Stärkung des Verbraucherschutzes: Versteckte tierische Verarbeitungshilfsstoffe und tierische Zusatzstoffe in Lebensmitteln kennzeichnen und lebensmittelrechtliche Definition von Vegetarismus und Veganismus festschreiben	9
Hochwasserschutz.....	9
Solidarische Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und Angehörige bedarfsorientiert gestalten....	10
Einführung einer Pflegekammer in Sachsen-Anhalt	12
Änderung Unterhaltsvorschussgesetz	12
Zuschüsse für Umbaumaßnahmen/Umzug.....	12
Versorgung psychisch erkrankter Elternteile.....	12
Reduzierter Mehrwertsteuersatz für sogenanntes Sozialcatering	13
Kürzungen in der Kinder- und Jugendförderung verhindern	13
Finanzielle Planungssicherheit für Frauen- und Kinderschutzhäuser.....	13

Engagement von Kindern und Jugendlichen in Jugendverbänden fördern - Demokratie (demokratische Infrastruktur) stärken.....	13
Kinder- und Jugendhilfe auf sichere Füße stellen	14
Einschulungsbeihilfe.....	15
„Nein!“ zum sogenannten Familienstandsdarlehen	15
Zahl der Landtagswahlkreise.....	15
RL 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer endlich umsetzen.....	16
Sofortiger Abschiebestopp in menschenrechtsverachtende Staaten	16
Keine zusätzliche „Mutwillensgebühr“ am Bundesverfassungsgericht.....	16
Koalitionsvertrag einhalten - Rahmenbedingungen der Jugendverbände und –organisationen stabilisieren	16
Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil.....	17
Zwangstranssexualisierungen verhindern	17
Verschreibungspflicht Pille danach abschaffen.....	17
Aufhebung der Pflicht zur Zuordnung einem Geschlecht.....	18
Weiblichen Rechtsextremismus nicht unbeachtet lassen	18
Extremismusklausel streichen	18
Echtes Netz bzw. Netzneutralität sicherstellen	19
Rechte Netzwerke in Justizvollzugsanstalten verhindern	19
Teilhabe auch für nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigte Ausländer ermöglichen	19
Freizügigkeit für Flüchtende	20
Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts.....	20
Abschaffung der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage.....	20
„Imagekampagne“ „Wir stehen früher auf“ abschaffen	20
Leistungsschutzrecht abschaffen.....	21
Die Reform des Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die kommende Legislaturperiode vorbereiten	21
Umwandlung der Kirchensteuer in ein kircheneigenes Beitragssystem.....	21
Angebot an seniorengerechten Wohnungen im Rahmen sozialer Wohnraumförderung	21
Investitionsprogramm kommunale Straßen	22
Fahren von Kraftfahrzeugen mit Tagfahrlicht /Abblendlicht	22
Altschuldenhilfe auch über das Jahr 2013 hinaus fortsetzen	22
Zweckbindung und Verteilungsmaßstab der Kompensationsmittel beibehalten	22
Stadtumbau fortsetzen	23
Am Zug bleiben – Regionalisierungsmittel sichern	23

Würdigung Erich Ollenhauers	24
Barrierefreie Veranstaltungsorte.....	24
Konsequent solidarische Listenaufstellung zur Europawahl 2019.....	24
Kürzen allein ist noch keine Politik – Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt muss politisch bestimmt werden! Finanzpolitische Grundsätze für ein Selbstverständnis der SPD Sachsen-Anhalt.....	25
Neufassung § 10 Landessatzung.....	28
Projekt "Bürgerarbeit" der Bundesagentur für Arbeit fortführen	29
Mit Sachsen-Anhalt für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger	29

Beschluss: C2

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Erhebung einer Steuer auf Plastiktragetüten zur Reduzierung des Plastikmülls

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine Steuer auf Plastiktragetüten im Einzelhandel einzusetzen. Die Steuer soll bewirken, dass Plastiktragetüten deutlich teurer werden und somit eine Reduzierung des Verkaufsaufkommens von Plastiktragetüten eintritt. Darüber hinaus soll eine Kampagne gestartet werden, um mehr Menschen dazu zu bringen, eigene Taschen zum Transport ihrer Einkäufe mitzubringen.

Beschluss: C4

Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Schutz der Schweinswalpopulationen

Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Schweinswalpopulationen in der deutschen Nord- und deutschen Ostsee sowie ihre Habitate gemäß der EU-FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat Richtlinie 92/43/EWG) wirksam geschützt werden. Mindestens in den FFH-Gebieten muss die Einhaltung der Erhaltungsziele hinsichtlich dieser Spezies gewährleistet werden.

Als schutzwirksame Maßnahmen empfehlen wir die folgenden:

- Die Umsetzung des Rettungsplans für Ostseeschweinswale im Rahmen des Kleinwalabkommens ASCOBAN (Agreement on the Conservation of Small Cetaceans of the Baltic, North East Atlantic, Irish and North Seas);
 - in marinen Schutzgebieten Stellnetzfischerei zu verbieten;
 - Stellnetze durch umweltverträglichere Fischereimethoden zu ersetzen;
 - Eine Anlandungspflicht für Beifang;
 - in marinen FFH-Gebieten verzichtbare schallintensive Nutzungen zu verbieten (Explosionen, Ramm- und Baggerarbeiten, Seismik, Sonar und z. B. auch Speedboote);
 - eine Reduzierung des Schadstoffeintrages in Habitate und der Schadstoffkontamination von Nahrungsorganismen;
 - Strategien zur Vermeidung von Schiffskollisionen mit Meeressäugern zu etablieren;
 - risikominimierende Methoden der Munitionsbeseitigung im Meer weiterzuentwickeln und schnellstmöglich als Standard einzuführen um Explosionen im Meer zu ersetzen.
-

Beschluss: C5

Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

Förderung umweltorientierter Auftragsvergabe bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen

Im Landesvergabegesetz (LVG LSA) soll der folgende § 3a oder eine vergleichbare Regelung eingefügt werden.

„ § 3a Förderung des Umweltschutzes:

- (1) Bereits bei der Definition des Auftragsgegenstands soll der Auftraggeber ökologische und soziale Belange berücksichtigen, soweit nicht haushaltsrechtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, Vorgaben des Umwelt- oder Unionsrechts, insbesondere keine Beeinträchtigung des Marktzugangs für ausländische Bieter entgegenstehen.